

## Ober-Schule-Strukturreform

### Eine Schule für alle Kinder soll es nicht geben!

1. Sonderschule-Gymnasium bleibt. (3zünftig)
2. Haupt- u. Realschulen erhalten den Namen Oberschule damit sie sich gut fühlen. (2zünftig)
3. Integrierte Gesamtschulen (Eine Schule für alle Kinder) sollen durch Vorgabe als Massenschule unattraktiv gestaltet bzw verhindert werden. (normal 5zünftig)

„Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Haupt- und die Realschule zu einer neuen Schule zusammenlegen. (...) Allerdings sollen die bisher 256 niedersächsischen Gymnasien in ihrem Bestand keinesfalls bedroht werden. (...) Die Koalition sieht sich wegen des demographischen Wandels zur Reform der Schulstrukturen gezwungen. In den nächsten zehn Jahren sollen die Schülerzahlen in Niedersachsen um 230.000 auf 700.000 sinken“

### „Hauptschule + Realschule = Oberschule“ (Hamburger Abendblatt)

Das Ziel von Kultusminister Althusmann ist: "Wir wollen innerhalb von zehn bis 15 Jahren ein weitgehend zweigliedriges System aus Oberschule und Gymnasium. Unsere Schulen werden damit mit Blick auf den Schülerrückgang zukunftsicher aufgestellt." (...) Die neue Oberschule, so erläuterte Minister Althusmann am Dienstag, soll mindestens zweizünftig sein und dann ein Hauptschul- und ein Realschulprofil anbieten. (...) Damit ähnelt die neue Oberschule stark Kooperativen Gesamtschulen, während Integrierte Gesamtschulen stärker auf gemeinsamen Unterricht auch unterschiedlich leistungsstarker Schüler setzen.

### Der Philologenverband als Vertretung der Gymnasiallehrer begrüßte prompt die Einführung der neuen Oberschule und die Existenzgarantie für die Gymnasien. (...) ist es für den Philologenverband wichtig, dass nur wenige neue Gesamtschulen den bestehenden Gymnasien Konkurrenz machen können.

„die **SPD**-Kultusexpertin Frauke Heiligenstadt nennt Althusmanns Konzept „interessant“  
SPD-Fraktion: „Die niedersächsischen Gymnasien sind eine stabile Größe in unserer Schulstruktur“

**Eberhard Brandt GEW:** Auch das jetzt aus Kreisen der Bundes-SPD proklamierte Zwei-Säulen-Modell mit Schulen für die unteren Volksschichten und Gymnasien für die Ober- und Mittelschicht, hat mit unseren Vorstellungen nichts zu tun. In diesem Modell ist das Gymnasium die Schule der 1. Wahl, die andere Schule ist die 2. Wahl für den Rest, der keine Gymnasialempfehlung bekommen hat. In diesem Modell gibt es keine Gesamtschule, die eine Alternative auch zum Gymnasium ist.

**GRÜNE:** "(...) Die Regierungskoalition war nicht bereit, auf die von den Bildungsverbänden formulierten Eckpunkte für einen Schulkonsens einzugehen, sondern hat nur ihr eigenes Modell vorgestellt." (...) Das von der Landesregierung präsentierte Oberschul-Modell bezeichnete Korter als weiteren Versuch, die Einführung der Integrierten Gesamtschule im ländlichen Raum zu verhindern. (...) Korter forderte die Landesregierung auf, endlich die Schikanen für die Neugründung von Gesamtschulen aufzugeben. "Für die Gründung von Gesamtschulen müssen die gleichen Bedingungen gelten wie für die Gründung jeder anderen Schulform auch". Es sei vollkommen willkürlich, dass von neugegründeten Gesamtschulen in der Regel mindestens die 5-Zügigkeit verlangt wird, während Oberschulen auch 2-zügig sein dürften. Der Elternwille werde damit weiterhin missachtet.

„**Schulleiter** lehnen „Oberschule“ ab“ (...) Warum etwas Neues einführen, wenn man mit dem Bestehenden arbeiten kann“, sagte Thorsten Frenzel-Früh, der Vorsitzende des Schulleitungsverbands Niedersachsen“ „die Verschmelzung von Real- und Hauptschulen zu einer Gesamtschule sei jetzt schon möglich. Für eine neue Schulform müsse der Verwaltungsapparat aber wieder neu organisiert werden. „Lieber sollte man die Ressourcen in das bestehende System investieren“, sagte der Schulleiter weiter. Wo es von den Kommunen gewünscht wird, sollten Gesamtschulen eingeführt werden, sagte Frenzel-Früh. Weil die Schülerzahlen in den nächsten Jahren rapide sinken, könne für viele Schüler kein Gymnasium in der Nähe mehr angeboten werden. Dies werde zur sozialen Frage führen, welche Eltern sich lange Fahrwege von 20 oder 25 Kilometern zum nächsten Gymnasium leisten können, sagte Frenzel-Früh.“

„Bernhard Reuter (SPD), Osteroder Landrat und **Präsident des Landkreistages**. Aber die Regierung habe einen „deutlichen Schritt getan“. Viele Kommunen könnten jetzt Haupt- und Realschulen zusammenfügen, sie könnten dort auch noch Gymnasialzweige angliedern. Dies sei ein guter Schritt, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen die Schulen nah am Wohnort zu halten – zumal sogar in den Klassen fünf bis acht alle Kinder in allen Fächern gemeinsam unterrichtet werden dürften. „Es fehlt nicht mehr viel am großen Konsens“, sagt Reuter. Auch Frank Klingebiel (CDU), Oberbürgermeister von Salzgitter und **Städtetagspräsident**, lobt den „tragfähigen Kompromiss“ und meint: „Wir sind ganz nah am Schulfrieden“. Selbst und verspricht eine „sorgfältige Prüfung“.

## Warum die Oberschule keine Alternative ist?

### Oberschule in Niedersachsen/ Gespräch mit GEW-Chef Brandt

#### „Die Eltern sind klug genug um den Unterschied zu erkennen“



4:35 Min 25. Okt. 2010

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen plant eine Schulform unterhalb des Gymnasiums. Offenbar sollen Realschule und Hauptschule zusammengelegt werden. Nordwestradio-Moderatorin Nicole Nelhiesel sprach mit Eberhardt Brandt, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen.



[http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio\\_journal/audio43638-popup.html](http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio_journal/audio43638-popup.html)

# „Ein Volk, eine Schule, ein Lehrerstand“

14.09.1960

DER SPIEGEL 38/1960



„Unter dem erklärten Motto "Ein Volk, eine-Schule, ein Lehrerstand" schickten die (...) Reformplaner fortan Volksschüler, Mittelschüler und Gymnasiasten auf ein und dieselbe Schule. (...) Die (...) Lehrer und Eltern zweifeln nicht daran, daß ihr pädagogisches Experiment gelungen ist, zumal es ihnen wiederholt den Beifall ausländischer Schulreformer eingebracht hat. (...) Um so überraschter waren sie, als sie von einem Fünf-Zeilen-Brief des CDU Kultusministers Osterloh (...) erfuhren, mit dem der Minister am 13. Juni 1960 die Auflösung der VOS (...) diktierte. (...) In einer Presseerklärung begründete Edo Osterloh seinen Todesstoß für die VOS damit, daß "mit der Bekanntgabe des Rahmenplans des Deutschen Ausschusses und der sich daran anschließenden ... Verhandlungen der Kultusministerkonferenz feststand, daß die Schulform, (...) keineswegs mehr zur Diskussion steht". Es sei sinnlos geworden, einen Versuch weiterzuführen, "von dem ohnehin feststeht, daß er in dieser Form nicht verallgemeinert wird". (...) VOS-Direktor Schnauer: (...) "Solange die nicht genau wissen, was sie machen wollen, und uns nichts Besseres bieten, sollen sie uns doch so weiterarbeiten lassen. Die Entflechtung der VOS wäre ein Schritt in das dringend reformbedürftige Schulsystem zurück." (...) Viel radikaler (...) sind die drei Schularten organisatorisch zu einer Einheit verschmolzen - in (...) Gesamtschulen, - (...) Einheitsschulen (...) auf die Unterscheidung zwischen Volksschul-, Mittelschul- und Gymnasialzweig ganz verzichtet (Hamburg) und alle Kinder bis zur neunten Klasse einheitlich ausbilden; - in der Bremischen Schule, (...)

In Bremen mußte kürzlich ein Gesamtschul-Versuch wieder eingestellt werden, weil dabei diese Verzahnung nach der Devise "Ein Volk, eine Schule, ein Lehrerstand" zu weit getrieben worden war: Die Studienräte mochten nicht fortgesetzt über ihre Standesmauern springen (...) Der Kultusminister schätzte jedoch die VOS-Treue der (...) Elternschaft desto geringer ein, je mehr der schleswig-holsteinische Philologen-Verband seinen schulpolitischen Einfluß geltend machte. Wie sehr die Interessen der Studienräte-Organisation im Land Schleswig-Holstein mit denen der CDU verquickt sind, wird an der Doppelfunktion des CDU-Abgeordneten Dr. Gerhard Gerlich aus Neumünster deutlich: Er ist gleichzeitig aktives Vorstandsmitglied des Philologen-Verbandes und parlamentarischer Vertreter des CDU-Kultusministers im Kieler Landtag. (...) Zuvor hatten die christdemokratischen Stadtvertreter, deren Kinder die VOS besuchen, stets kundgetan, daß sie die (...) Bildungsstätte nicht missen wollten. (...) Bürger aller Schattierungen formierten sich zu einem "Ausschuß für die Erhaltung der Volksoberschule", der den Kampf für die ihnen liebgewordene Versuchslehrstätte mit einer Protestversammlung eröffnete und eine Unterschriftensammlung (...) Demokrat Osterloh will sich zwar in den nächsten Tagen noch die Argumente des Elternbeirats für das Weiterbestehen der VOS anhören, betrachtet seine Kündigung aber als endgültig.

**CDU-Abgeordneter Gehrau:**

**"Eure Protestveranstaltungen haben gar keinen Wert.  
Und wenn die Wahl vor der Tür steht, dann haben die  
Leute euren Unterschriften-Wirbel längst vergessen."**

# Studie: "Gewalt und Geschlecht in der Schule"



Bedienen sich Schülerinnen bestimmter Formen von Gewalt, wird dies gerade bei körperlicher Gewalt als besonders erklärungsbedürftig betrachtet. Unser Blick ist häufig einseitig ausgerichtet auf alles, was in die Kategorien „typisch Mädchen“ und „typisch Jungen“ passt.

*Studie zum Download:*

[http://www.gew.de/Binaries/Binary66990/Vorabdruck\\_Studie\\_Gewalt%20und%20Geschlecht%20in%20der%20Schule\\_MaxTraegerStiftung.pdf](http://www.gew.de/Binaries/Binary66990/Vorabdruck_Studie_Gewalt%20und%20Geschlecht%20in%20der%20Schule_MaxTraegerStiftung.pdf)



Hier können Sie das **GEW-Zeugnisprogramm** aus Berlin herunterladen:

<http://www.gew-berlin.de/4543.htm>



**Leserbrief:** „Lieber Bernd, sehr guter Querschnitt was z.Zt. in der Republik so vor sich geht. Die Politik gerät immer mehr in die Defensive. Fast schon Schockstarre. Die Bürger stehen auf und gehen auf die Straße, s. Stuttgart, Gorleben. Das ist gut so !!! Dir vielen Dank und weiterhin alles Gute. Grüße aus (Ort) Maren & Jörg (Namen geändert)“



**2010: Eltern im Landkreis Hameln-Pyrmont werden befragt ob sie für ihre Kinder eine Gesamtschule wollen.**

**Ja zur IGS:**

**Kindergarteneltern in Aerzen: 59,09 %**

**Alle Landkreiseltern: 56,77 %**

(Anmerkung: Das Ergebnis korreliert mit allen Befragungen in Niedersachsen. Ich bringe diese Meldung auch, weil sie einen persönlichen Hintergrund hat: 2006 war ich Mitglied im Vorstand des

**Heinz-Jürgen Schmieding**



Landeselternrates und Befürworter der Gesamtschulen. Heinz-Jürgen Schmieding (Vertreter der Gymnasien) sagte als Vorsitzender des Landeselternrats:

**"Wir hassen (...) diese Schlauberger"**

(Neue Osnabrücker Zeitung 07.11.2006. Gemeint waren die Befürworter der Gesamtschulen. Schmieding war damals: Mitglied der CDU, wohnhaft in **Aerzen** und Vors.

Kreiselternrat in **Hameln-Pyrmont**.

# Niemand darf verloren gehen!"

## Offener Brief an die EKD-Synode von Brigitte Schumann

<http://www.evangelisch.de/themen/blogs/luther-blog/2010/10/24/niemand-darf-verloren-gehen-offener-brief-an-die-ekd-synode>

(...) Unser Schulsystem ist von Barrieren geprägt: Kinder mit Behinderungen werden von Kindern ohne Behinderungen getrennt. Schülerinnen und Schülern werden früh auf unterschiedliche Schulformen mit ungleichwertigen Bildungsgängen verteilt. So entsteht soziale Trennung und soziale Ungleichheit wird verschärft. Eine gerechte Gesellschaft, die die Menschenrechte achtet, ist auf die Struktur und die Lernkultur einer SCHULE FÜR ALLE angewiesen.

### 4. Recht auf inklusive Bildung schließt Recht auf hochwertige Förderung ein

Menschen mit Behinderungen haben ein individuell einklagbares Recht auf inklusive Bildung. Zwangszuweisungen zur Sonderschule/Förderschule darf es ab sofort nicht mehr geben. An die Stelle des Sonderschulsystems müssen inklusive Schulen mit qualitativ hochwertigen Förderstandards treten. Präventive und schulzeitbegleitende Förderung für die am stärksten gefährdeten, benachteiligten und behinderten Kinder ist unabdingbare Voraussetzung. Ebenso die entsprechende Ausstattung der Schulen und die Unterstützung des pädagogischen Personals.

### 5. Recht auf inklusive Bildung und ein gespaltenes Schulsystem widersprechen sich

Als Kompromiss in der bildungspolitischen Diskussion zeichnet sich ein zweigliedriges Schulsystem ab, bestehend aus dem Gymnasium und einer zweiten Schulform, die alle anderen bestehenden Schulformen zusammenfasst. Die Politik bedient damit das Interesse von Menschen aus der Mittel- und Oberschicht am Erhalt des Gymnasiums: Bildungsprivilegien sollen weiterhin garantiert werden und der erwünschte Abstand zu den Kindern der Unterschicht und des Prekariats soll eingehalten werden. Wer damit seinen Schulfrieden machen will, opfert das universale Menschenrecht auf inklusive Bildung und etabliert das Recht auf Gymnasium als deutsches Sonderrecht.

Ich wünsche mir einen Beschluss von der Synode, der ein Signal setzt für eine mutige, aufgeklärte, menschenrechtliche Bildungsreform und vielleicht sogar für eine Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Im besten protestantischen Sinne.

**Dr. Brigitte Schuman:** Ehemalige Lehrerin an einem Gymnasium, ehemalige Landtagsabgeordnete von NRW

**Buch:** "Ich schäme mich ja so!" Die Sonderschule für Lernbehinderte als "Schonraumfalle" Schumann fordert die Auflösung der Sonderschulen für Lernbehinderte, die Abschaffung des gegliederten Schulsystems mit seinem Drang zur scheinbaren Homogenisierung und damit Separierung von Lerngruppen. Sie hält ein Plädoyer für die Chancengleichheit und das Recht auf Bildung für alle in einer (gemeinsamen) Schule für alle.



---

Einen älteren Aufsatz von Dr. Peter Wachtel Referent für sonderpädagogische Förderung im Kultusministerium zum Thema:

**Zur Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung in Niedersachsen** findest du unten.

„Grundsätzliche Überlegungen

Der Erlass „Sonderpädagogische Förderung“ ist ein Novum.....

Leider grottenschlecht Anne Will TV: "Aus dem Labor auf den Tisch - aber ist Bio wirklich besser?"



Wie wollen und können wir unsere Kinder ernähren?

**BAYER**  
**Pestizid-**  
**Werbung**

**La mejor protección**

**Productos Nuevos**

Cropotex 50 WP  
Baytroid-TM525 SL  
Monceren 250 FS  
Monceren-CA 70 WS  
Bayfidan 250 EC

Si es Bayer, es bueno.

Nuevos productos... al servicio de la agricultura

Bayfidan 250 EC  
Cropotex 50 WP  
Baytroid-TM  
Monceren-CA



*mmhhhhh lecker!*

# Nahrungsmittel aus dem BAYER-Labor

## Aus deutschen Chemie-Labors frisch auf den Tisch

Von Jan Pehrke Die industrielle Lebensmittelproduktion ist ohne diverse Zutaten aus den Chemie-Labors undenkbar. Besonders die Geschmacksingeneure entfalten einige Kreativität. Sie gewinnen Erdbeeraroma aus Sägespäne, Vanillin aus den Abfällen der Papier-Industrie und Fleischextrakt aus Klärschlamm. Einer der Branchenführer: Die BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER.



75 % aller Lebensmittel stammen aus industrieller Fertigung. Was von außen unscheinbar wie Brot, Wurst oder Jogurt aussieht, ist von innen ein High-Tech-Konglomerat aus Ersatzstoffen, künstlichen Aromen, Bindemitteln, Enzymen und Farb- und Konservierungsstoffen. "Mit so einer Zwiebel kann KNORR doch gar nicht arbeiten", ereifert sich ein HAARMANN & REIMER-Mitarbeiter. Sie ist, anders als die hauseigenen Imitate, die eine Werbe-Broschüre anpreist, nicht "in gleichbleibender Qualität, zu jeder Zeit, in beliebiger Menge und zu vernünftigen Preisen verfügbar". Sondern mal groß, mal klein, von unterschiedlichem Geschmack und je nach Ernte-Ertrag mal teurer oder sehr viel teurer als die Aroma-Doublette. Für eine Tütensuppen-Produktion am Fließband bietet eine echte Zwiebel entschieden zuwenig Planungssicherheit.

15.000 Tonnen an Geschmackstoffen, die für 15 Millionen Tonnen Lebensmittel reichen, schlägt die Branche pro Jahr um.

HAARMANN & REIMER hat, neben Parfümölen, Duftstoffen und diversen Zusatzstoffen zur Lebensmittel-Herstellung, über 7.000 Geschmäcker im Angebot. Seit es Wilhelm Haarmann 1874 gelang, Vanille synthetisch nachzubauen, und er damit den Grundstein für den Aroma-Multi legte, erweiterte sich die Produkt-Palette stetig. Und die einzelnen Stoffe bieten die unterschiedlichsten Anwendungsmöglichkeiten. Zitronensäure beispielsweise sorgt für die Bißfestigkeit von Obst, für das Spritzige in der Cola, für das Streichzarte von Schmelzkäse und bindet Schwermetalle im Wein. Blei- und Zinkrückstände können so sein kräftiges Rot nicht eintrüben. Ein ähnlicher Tausendsassa ist Vanillin. Es findet sich in Schweinsleberwurst, Baby-Nahrung, Süßigkeiten und verlängert die Haltbarkeit von Lebensmitteln.

"Modernste Biotechnik"

Enzyme von Mikroorganismen produzieren einen Großteil der Substanzen. Diese Eiweiße, die bestimmte chemische Reaktionen auslösen, gewinnen in einem Fermentation genannten Prozeß aus Mikroben-Kulturen die Grundstoffe der Lebensmittel-Industrie. Zitronensäure etwa wird aus den Mikroben des Schimmelpilzes *Aspergillus Niger* fermentiert.

Die Fermentation kommt im Herstellungsverfahren von einem Drittel aller Lebensmittel zur Anwendung. Dabei spielt zunehmend auch "modernste Biotechnik" eine Rolle, wie das Firmen-Info von HAARMANN & REIMER stolz verkündet. Spezielle Gene beschleunigen die Reaktionszeit der Kleinstlebewesen. Andere sorgen als Träger entsprechender Erbsubstanz für "natürlichen Geschmack". Legte der gelungene synthetische Nachbau von Stoffen wie Vanille den Grundstein der Lebensmittelzusatzstoffe-Industrie, so ist es ihr nun mittels der Gentechnik gelungen, die Natur selber in den Herstellungsprozeß einzubinden und beliebig zu reproduzieren.

## Risiken und Nebenwirkungen

In den biotechnischen Verfahren werden stets Antibiotika eingesetzt. Bei der konventionellen Fermentation verhindert Penicillin das Wuchern unerwünschter Bakterien-Kulturen im Nährboden. Die gentechnische Methode arbeitet mit Antibiotika-resistenten Genen, die an das zu duplizierende Erbmateriale gekoppelt sind. Sie trotzen dem Antibiotika-Beschuß und zeigen so zweifelsfrei an, ob die DNA-Übertragung geglückt ist. Mit dem Verzehr der entsprechend hergestellten Nahrung gelangen Rückstände davon in den menschlichen Organismus. Gemeinsam mit den ebenfalls Antibiotika-gesättigten Produkten der Massentierhaltung sorgen sie dafür, daß sich immer mehr Antibiotika-Resistenzen herausbilden. Die Folge: schon besiegt geglaubte Infektionskrankheiten stellen wieder eine Bedrohung dar.

Die größte Gesundheitsgefahr, die von der industriellen Nahrungsmittel-Produktion ausgeht, liegt jedoch im Auslösen von Lebensmittel-Allergien. Nach vorsichtigen Schätzungen sind 5 % der BundesbürgerInnen betroffen; der Bundesverband der Betriebskrankenkassen setzt die Quote der Gefährdeten sogar bei 15 % an. Für den Anstieg der Zahlen machen sowohl der Ernährungsbericht der Bundesregierung von 1992 als auch die Welternährungsorganisation FAO die Lebensmittel-Zusatzstoffe und die Art ihrer Herstellung verantwortlich. "Je mehr Enzyme, desto mehr Allergien", so lautet die Grundregel der MedizinerInnen. Und Vanillin, HAARMANN & REIMERS Prototyp synthetischer Zusatzstoffe, gilt dem Allergologen Dr. Michael Häbele als eines der Haupt-Allergene.

Besonders gefährlich sind die versteckten Allergie-Auslöser. Da selbst die unscheinbarsten Lebensmittel eine unüberschaubare Reihe von Ausgangsmaterialien enthalten, ist es dem Allergiker unmöglich, sich umfassend zu wappnen. Eine englische Nuß-Allergikerin erlitt einen tödlichen Schock, als sie ein Zitronen-Pie aß, in dem Nuß-Fragmente verarbeitet worden waren. Ein Biß in einen Hamburger hätte ähnliche Folgen haben können. Auch in dem Junk-Fraß befinden sich Nuß-Spuren.

Eine Experten-Kommission des Straßburger Europarats stufte lediglich 391 von 2176 Geschmacksstoffen als unbedenklich ein. 180 Aromen hielt das Gremium für so gesundheitsgefährdend, daß sie von der Verwendung abriet. Stoffe wie Allylalkoholester können Krebs verursachen; Phosphate in Babynahrung haben in Japan schon zu Massenvergiftungen geführt.

Der modernen Lebensmittelindustrie sind Grundstoffe wie Eier, Milch und Zucker zu kostbar, als daß sich mit ihnen rentabel wirtschaften ließe. Also ersetzen die Lebensmittelchemiker sie durch billigere Surrogate. Da der Fließband-Fraß zu wenig Nährstoffe enthält, kann sich paradoxerweise in den reichsten Ländern der Erde ein Phänomen wie die Mangelernährung herausbilden. In der Schweiz kam eine Studie zu dem Ergebnis, daß ein Drittel aller SchülerInnen an Vitamin- und Mineralstoffmangel leidet. Und durch eine Kalzium-Unterversorgung droht die Knochenschwund-Krankheit Osteoporose - bisher älteren Menschen vorbehalten - zu einer neuen Kinderkrankheit zu werden.

## Etikettenschwindel

Wollte man alle Zusatzstoffe auf den Lebensmitteln deklarieren, so müßte jeder Brühwürfel eine Packungsbeilage haben. Statt dessen einigten sich Politik und Wirtschaft auf windige Sprachregelungen, die mehr verschleiern als offenlegen. Alles, was der Natur synthetisch nachempfunden ist, gilt als natürlich. Und existiert eigentlich gar nicht: als sogenannte "Nichtzusatzstoffe" oder "Nichtzutaten" brauchen sie keine Zulassungsverfahren über sich ergehen zu lassen. "Naturidentisch" - also gleich und doch nicht gleich - heißt das dann auf den Verpackungen. Hinter der Bezeichnung "natürliches Aroma" kann sich auch gentechnisch hergestelltes verbergen. Denn unter die Kennzeichnungspflicht der "Novel Food-Verordnung" fallen Zusatzstoffe und Aromen nicht. Sie gilt nur für direkt verarbeitetes Gen-Food und wird selbst da hintergangen.

## Die Food-Lobby

Für die globale Lebensmittelsicherheit ist der "Codex Alimentarius" zuständig, eine Organisation der UNO. Seit der Liberalisierung des Welthandels im Zuge der Globalisierung sind seine Beschlüsse weltweit

bindend, kein Land kann mehr in Eigenregie strengere Vorschriften erlassen. Klar, daß sich die LobbyistInnen der Food-Multi bei den Zusammenkünften des Codex tummeln. Und bisher hatten sie leichtes Spiel. Sowohl die Positivliste für Zusatzstoffe als auch das Vorhaben, strengere toxikologische Untersuchungen bindend zu machen, kam durch ihre fürsorgliche Belagerung zu Fall. Ein Vorstoß der skandinavischen Länder, Schutzbestimmungen für Allergiker zu erlassen, wurde ebenso abgeschmettert wie das Projekt, eine Zusatzstoff-Datenbank für Lebensmittel-Allergiker einzurichten. So ist weiterhin die Bahn frei für schlechtes, billiges, krankmachendes Essen, das die Sinne täuscht und nur den Bilanzen der Food-Multis guttut.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN lehnt gentechnisch hergestellte Lebensmittel ab und fordert eine Kennzeichnungspflicht auch für gentechnisch hergestellte Zusatz- und Aromastoffe sowie eine klarere Deklaration von künstlich hergestellten Aromen auf den Verpackungen.

Mike Adams:

## Wer gesunde Nahrungsmittel will, gilt als geisteskrank

**Im Rahmen ihrer schier unaufhörlichen Versuche immer neue »geistige Störungen« zu erfinden, hat die Psychiatrieindustrie jetzt ihre bisher absurdeste Erkrankung ans Licht der Welt gebracht: die Störung, sich gesund ernähren zu wollen.**

Das ist beileibe kein Witz: Wenn man sich bemüht, nur gesunde Nahrungsmittel zu essen, ist man »geistig erkrankt« und benötigt wahrscheinlich dringend medikamentöse Behandlung, vielleicht sogar mit starken Psychopharmaka. So berichtete die



englische Tageszeitung [The Guardian](#): »Die Fixierung auf gesunde Ernährung kann auf eine ernste psychologische Störung hindeuten.« Diese »Störung« werde als Orthorexia nervosa bezeichnet; dieser lateinische Begriff bedeutet im Wesentlichen »nervlich bedingtes Bemühen um richtiges Essen«.

Aber man kann dieses Krankheitsbild nun nicht einfach »Störung, bei der man ein nervös ausgeprägtes Verlangen nach gesundem Essen hat« nennen; das hörte sich ja so an, als wüsste man gar nicht, worüber man eigentlich redet. Am besten übersetzt man es dann ins Lateinische, da hört es sich gleich viel gelehrter an (auch wenn es das nicht ist). Auf ähnliche Weise sind viele Namen für Erkrankungen entstanden: Ärzte beschreiben die Symptome, die sie erkennen. Die Bezeichnung »Osteoporose« beispielsweise ist aus dem Griechischen abgeleitet und bedeutet so viel wie »Knochen, der aussieht wie ein Tuffstein«, d.h. ein Knochen mit Löchern.

Nun zurück zur neuen, frisch erfundenen Krankheit Orthorexia nervosa. Der Guardian berichtet weiter: »Bei einer Orthorexia entwickelt man im Allgemeinen strenge Regeln in Bezug auf das Essen. Man vermeidet den Kontakt mit Zucker, Salz, Koffein, Alkohol, Weizen, Gluten, Hefe, Soja, Mais und

Molkereierzeugnissen. Das ist der Einstieg in Diätregeln. Alle Lebensmittel, die mit Pestiziden oder Herbiziden in Berührung gekommen sind oder künstliche Zusatzstoffe enthalten, sind ebenfalls verboten.

Moment mal – wenn man Chemikalien, Molkereiprodukte, Soja und Zucker zu meiden sucht, macht das einen zum Geisteskranken? Genau, so ist es. Zumindest wenn es nach diesen Experten geht. Wenn man sich heutzutage darum bemüht, Pestizide, Herbizide und genetisch manipulierte Zusatzstoffe wie Soja und Zucker zu vermeiden, stimmt etwas nicht mit einem.

Heißt das sozusagen im Umkehrschluss, dass derjenige, der Junkfood («minderwertige Kost») vorzieht, gilt als »normal«? Wenn man industriell hergestellte, minderwertige Nahrungsmittel mit synthetischen Chemikalien isst, dann ist das in Ordnung. Die geistig Gestörten sind diejenigen, die sich für biologisch angebaute Lebensmittel entscheiden.

### Was heißt bei Lebensmitteln eigentlich »normal«?

Ich habe Sie gewarnt, dass das kommen würde. Bereits vor Jahren habe ich meine Leser davor gewarnt, man werde bald versuchen, **Brokkoli** wegen seiner gegen Krebs wirkenden sekundären Pflanzenstoffe zu **ächt**en. Der jüngste Versuch, den Vorwurf einer geistigen Störung gegen Verbraucher ins Feld zu führen, die sich um ein gesundheitsbewusstes Essen bemühen, geht in die selbe Richtung. Man will Menschen, denen es um gesundes Essen geht, an den Rand drängen, indem man ihnen geistige Verwirrung unterstellt und damit eine Rechtfertigung dafür liefert, sie in psychiatrische Kliniken einzuliefern. Dort kann man sie dann mit Psychopharmaka behandeln und ihnen dazu ein Essen servieren, das industriell gefertigt ist und keine wirksamen Bestandteile – außer giftigen Chemikalien – mehr enthält. Aber der Guardian geht noch einen Schritt weiter und behauptet: »Die zwanghafte Einstufung von Nahrungsmitteln als gut oder schlecht kann bei einer Orthorexie schließlich zu Unterernährung führen.«

Dieser Unlogik folge, wer kann: Der Verzehr »guter« Nahrungsmittel führt zu Unterernährung! Schlechte Ernährung versorgt den Körper dann wohl mit allem, was man braucht. Diese Aussage über Ernährung ist das Absurdeste, was ich je gelesen habe. Kein Wunder, dass so viele Menschen heutzutage unter Erkrankungen leiden: Die etablierten Medien machen ihnen weis, wenn man sich gesund ernähre, leide man unter einer seelischen Störung, die zu Unterernährung führt!

### Halten Sie den Mund und schlucken Sie Ihren Kunstfraß!

Es ist genau so, wie ich vor Jahren berichtet hatte: Man will nicht, dass wir unsere Lebensmittel infrage stellen. Man soll Ruhe geben, den Mund halten, sein Essen reinhauen und futtern, was das Zeug hält. Keinesfalls soll man darüber nachdenken, was man da so isst, sondern sich an das halten, was einem die etablierten Medien mit ihren bunten Anzeigenblättern vorbeten. Hält man das minderwertige Junkfood für gesundheitschädlich, ist das eine Geisteskrankheit, wussten Sie das nicht? Und wenn man in Bezug auf Nahrungsmittel »besessen« ist, was sich etwa daran zeigt, dass man die Liste der Inhaltsstoffe liest, ist man komisch – vielleicht sogar krank.

Das ist die Botschaft, die jetzt verbreitet wird. Wer Junkfood isst, ist »normal« und »gesund« und »wohlgenährt«. Wer sich gesund ernährt, ist krank, weicht von der Norm ab und ist unterernährt.



Es stellt sich die Frage, warum Menschen, die sich gesund ernähren, so angegriffen werden? Persönlichkeiten wie Dr. Gabriel Cousens kennen den Grund: **Nur mit Naturkost ist man in der Lage, sein geistiges und spirituelles Bewusstsein zu erweitern.**

Minderwertige Nahrung senkt das geistige Niveau und macht einen leichter manipulierbar. Es bringt buchstäblich den Geist in Unordnung, es betäubt die Sinne mit Geschmacksverstärkern, Aspartam und Hefeextrakten. Menschen, die sich vorwiegend von Junkfood ernähren, sind fügsam und verlieren rasch die Fähigkeit selbständig zu denken. Für sie ist alles wahr und richtig, was ihnen das Fernsehen oder andere »Autoritäten« vorsetzen. Nie hinterfragen sie ihr Handeln oder wollen wissen, was wirklich in der Welt um sie herum geschieht.

Im Gegensatz dazu werden Menschen, die sich gesund und natürlich ernähren – mit medizinisch wirksamen Nährstoffen – sich ihres Geistes und ihrer Spiritualität immer mehr bewusst. Mit der Zeit hinterfragen sie die Realität um sie herum und suchen nach tiefer gehender Erkenntnis in Bezug auf Begriffe wie Gemeinschaft, Natur, Ethik, Philosophie und dem großen Zusammenhang von allem in der Welt. Sie entwickeln ein »Bewusstsein« und erkennen sozusagen die Struktur der »Matrix«.

Ein solcher Vorgang bedeutet natürlich für diejenigen, die unsere konsumorientierte Gesellschaft beherrschen, eine Gefahr, denn **Konsum hängt von Ignoranz** in Verbindung mit Manipulierbarkeit **ab**. Damit die Menschen fortfahren, blind Nahrungsmittel, Medikamente, Krankenversicherungen und Konsumgüter zu erwerben, müssen ihre höheren Hirnfunktionen ausgeschaltet bleiben. Industriell hergestellte Nahrungsmittel mit ihrer Überfülle an giftigen Substanzen können genau das erreichen. Warum sonst werden industriell gefertigte Lebensmittel ohne Nährstoffe vorrangig in Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen verabreicht? Weil diese Ernährungsweise verhindert, dass Menschen ein höheres Bewusstseinsniveau erreichen und sich so leichter mit Ablenkungen abspesen lassen: Fernsehen, Gewalt, Furcht, Sport, Sex usw.

Das Leben als »Zombie« ist heute in gewisser Weise deshalb gesellschaftlich akzeptiert, weil sich so viele Menschen so verhalten. Aber das macht es aus meiner Sicht noch lange nicht normal: Der im eigentlich Sinn »normale Mensch« ist eine autonome, gesunde, selbstbewusste Persönlichkeit, die sich wirkstoffreich und natürlich ernährt und als souveräner Bürger einer freien Welt handelt. Sich gesund zu ernähren entspricht der Wahl der **roten Tablette** (im Film Matrix erkennt der Held Neo die künstliche Welt der Matrix, die ihm die Realität nur vorspielt), denn sie eröffnet eine völlig neue Perspektive der Struktur der Realität. Man wird in die Lage versetzt, selbständig zu denken.

Minderwertiges Essen dagegen – oder, um im Beispiel zu bleiben: die Wahl der **blauen Pille** – belässt einen in der künstlichen Realität, in der die eigenen Erfahrungen durch Konsumgüterhersteller manipuliert werden, die mittels Designersubstanzen wie Geschmacksverstärker die Wahrnehmungen verzerren und so dem Geist vorgaukeln, man esse wirkliche Lebensmittel.

Wenn Sie am Leben bleiben und ein selbstbestimmtes, bewusstes Leben führen wollen, sollten Sie sich gesund ernähren. Aber man darf dann nicht erwarten, bei den allgemein anerkannten Gesundheitsexperten oder Ernährungswissenschaftlern beliebt zu sein – man wird Sie stattdessen für »verrückt« erklären, weil Sie nicht den vorherrschenden Ernährungsweisen mit ihren nährstoffarmen und künstlichen Substanzen überfrachteten Lebensmitteln frönen.



Aber Sie und ich kennen die Wahrheit: Wir sind die Normalen. Und die Junkfood-Fans sind die wirklichen Geisteskranken, und der einzige Weg, sie zur Realität hinzuführen, besteht darin, sie dazu zu bringen, sich gesund und natürlich zu ernähren.

Einige Menschen sind bereit, sich für die rote Pille zu entscheiden, andere nicht. Wir können ihnen nur den Weg zeigen. Ihn einschlagen müssen sie selbst.

Bis dahin sollte man den Erfüllungsgehilfen und Experten für »geistige Gesundheit« aus dem Weg gehen, die versuchen, einen als geistig verwirrt darzustellen, weil man darauf achtet, was man zu sich nimmt. Es ist nichts falsch daran, Zucker, Soja, Geschmacksverstärker, Aspartam, Glucose- und Fruktosesirup oder andere giftige Substanzen in der Nahrung zu meiden – schließlich hängt das Leben davon ab.

# Ernährungsführerschein



<http://www.aid.de/ernaehrungsbildung/ernaehrungsbildung.php>

<http://www.aid.de/landwirtschaft/start.php>

**Wir machen fit für den aid-Ernährungsführerschein  
Maßgeschneidert für den Einsatz im Unterricht  
Kostenfreie Unterstützung durch externe Fachkräfte**

**aid infodienst Tel. 0228 84990**

[ernaehrungsfuehrerschein@aid.de](mailto:ernaehrungsfuehrerschein@aid.de)

Kostenfreie Lehrerfortbildungen zum  
aid-Ernährungsführerschein  
Im Mittelpunkt steht die Praxis!

 [Flyer "Der aid-Ernährungsführerschein" \(PDF, 3.278 kb\)](#)

 [Die Inhalte auf einen Blick \(PDF, 27 kb\)](#)



# Petra Kelly

\*29.11.1947 +1.10.1992

Im November 2010  
wäre Petra Kelly 63  
Jahre alt geworden.

1979 trat sie aus der SPD aus und  
kündigte die Gründung einer  
neuen politischen Vertretung an,  
die für Frieden und Gleich-  
berechtigung eintreten sollte.

Für ihre Friedensbemühungen  
erhielt sie 1982 den so  
genannten *Alternativen  
Nobelpreis*.

Im früheren Bonner Regierungsviertel ist eine Straße nach ihr benannt worden.





1968 engagierte sie sich im Präsidentschaftswahlkampf von **Robert F. Kennedy** der im Juni 1968 ermordet wurde

**1966-1970** während ihres Studiums in den USA ist sie Mitglied im Studentenrat, organisiert politische Seminare und beteiligt sich an Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg sowie gegen die Rassendiskriminierung.

**1968** engagiert Kelly sich im Präsidentschaftswahlkampf in den Büros der Senatoren Robert Kennedy (1925-1968) und Hubert Humphrey (1911-1978).

**1972-1979** Aktives Mitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU-Vorstand).

Kelly betätigt sich in Gremien wie der "Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.", der "Humanistischen Union", dem "Bund für soziale Verteidigung e.V.", der "Union Syndicale" in Brüssel und der "Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion", Lüchow-Dannenberg.



1980 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der Grünen und wurde deren Bundesvorstandssprecherin mit Vorstandsmitglied **Joseph Beuys**

Kelly auf einer Demonstration, u. a. mit **Heinrich Böll**.



29. März 1983 Einzug der Grünen im Bundestag. Willy Brandt begrüßt Petra Kelly.





1985 wurde sie in Mutlangen verhaftet - am Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima

Belächelt von nahezu allen etablierten Parteien, stellte die Grünen-Politikerin Petra Kelly 1986 im Bundestag die erste Anfrage zu Tibet überhaupt. Bis dahin hatte Deutschland den Dalai Lama weitgehend ignoriert. Dass er schließlich eine Rede vor dem deutschen Parlament halten durfte und von Bundespräsident von Weizsäcker empfangen wurde, verdankte er vor allem Kellys Einsatz



**1990** Dezember: Vor den Bundestagswahlen bemüht sich Kelly erfolglos um eine weitere Bundestagskandidatur. Ende der Legislaturperiode scheidet sie aus dem Bundestag aus. In einem offenen Brief prangert Kelly "Selbsterfleischung und fruchtlose, die politischen Aktivitäten lähmende Flügelkämpfe" der Partei an und mahnt "zu den authentischen grünen Prioritäten in allen Politikbereichen" zurückzufinden.

**1991**April: Kelly tritt als Kandidatin für das Amt der Vorstandssprecherin der Grünen an und erhält nur rund 30 Stimmen.

**Weniger die Politikerin, mehr der Mensch Petra Kelly hat mich beeindruckt. Ihr Tod war ein Schock und das Ende m. E. eines zerrissenen Lebens.**

Saskia Richter

# DIE AKTIVISTIN

## Das Leben der Petra Kelly



Petra Kelly träumte von einer Welt ohne Herrschaft und Gewalt.<sup>19</sup> Als Deutsche, die in den USA aufgewachsen war und zehn Jahre in Brüssel in der Administration der Europäischen Gemeinschaft gearbeitet hatte, forderte sie die NATO-Staaten zur aktiven Defensive, das heißt zur einseitigen Abrüstung auf. Kelly sah die Bedrohung

Petra Kelly kämpfte für eine »bessere« Welt und ein »menschlicheres« Zusammenleben. Gleichzeitig war sie zerbrechlich und getrieben von dem, was sie tat. Und sie war krank: Körperlich litt sie seit ihrer Kindheit an ihren schwachen Nieren, hatte mehrere Operationen über sich ergehen lassen müssen und lange Krankenhausaufenthalte hinter sich. Psychisch brach sie immer wieder zusammen, spätestens seit den 1970er Jahren begleiteten Angstgefühle ihren

Alltag – letztlich so stark, dass sie es nicht mehr ertragen konnte und vermied, allein zu sein. Gleichwohl, und so beschrieb sie es selbst, zog sie einen Großteil ihrer Kraft gerade aus diesem Getriebensein.<sup>20</sup> Daraus entwickelte Kelly die Energie, mit der sie ihre Ideen vehement verteidigte und zwanzig Stunden am Tag arbeitete – für sich und für andere; in der Brüsseler EG-Administration, für die sozialen und grünen Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene und gegen die Bedrohungen des Kalten Krieges.



Um 10.40 Uhr des nächsten Tages passierten sie mit einem »auf-fallend kapitalistischen« Auto, einem gemieteten 350er Mercedes, den Grenzübergang in der Heinrich-Heine-Straße. Dies war der Auftakt zu einer sehr eigenen und ambivalenten Deutschlandpolitik grüner Politiker, die Kontakte zu den Machhabern der DDR auf-nahm, den ostdeutschen Staat akzeptierte und dennoch permanent dessen inneren Wandel durch mehr Liberalität und Emanzipation einforderte.<sup>6</sup>

Die interne Kritik am eigenmächtigen Vorgehen von Kelly, Bastian, Beckmann und Co. war groß. Die Veranstalter der ICC-Konferenz beklagten die gestohlene Aufmerksamkeit, Mitglieder und Mitar-beiter der Bundestagsfraktion die nicht abgestimmte Aktion. Die Hamburger Ökosozialisten Thomas Ebermann, Jürgen Reents und Rainer Trampert warfen den fünf Alexanderplatz-Demonstranten »prominente Eigenbrödlerei und Geltungsbedürfnis« vor.<sup>7</sup>

Nationale und internationale Medienvertreter bescheinigten den Aktivisten jedoch Erfolg: Leitfiguren der Grünen seien Petra Kelly und Gert Bastian nun, nicht unähnlich den Polit-Stars der bürger-lichen Parteien.<sup>8</sup> Inhaltlich entbrannte eine Diskussion darüber, ob die Aktion leichtsinnig oder friedensfördernd gewesen sei, in deren Mittelpunkt die Frage nach der Grenzüberschreitung stand.

Die Oppositionellen in der DDR dagegen verstanden nicht, warum es bei den westdeutschen Grünen zu innerparteilichen Auseinandersetzungen um diese Aktion kam und der Vorwurf an die Demonstranten laut wurde, eine »mediengerechte Show« ins-zeniert zu haben. Ulrike Poppe, die sich mit Bärbel Bohley in der ostdeutschen Friedensbewegung engagierte, erinnerte sich: »Die innerparteilichen Kontroversen machten für uns deutlich, wie weit entfernt einige der grünen Politikerinnen und Politiker von uns und unseren politischen Vorstellungen waren. Nichts fürchtete diese Diktatur mehr als die Öffentlichkeit. Und wenn durch eine spekta-kuläre Aktion die Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung eigen-ständiger Friedensinitiativen gelenkt wurde, [...] war das genau die Unterstützung, die wir brauchten.«<sup>9</sup>

Das Grabmal von Petra Kelly auf dem Würzburger Waldfriedhof vereinigt in sich eine doppelte Symbolik: Der Sockel stellt eine brennende Kerze dar, die sich allzu schnell verzehrt; ähnlich dem rastlosen und kräftezehrenden Lebens der Petra Kelly. Die drehbar aufgesetzte Kugel – eine Metapher unserer Welt - trägt eingemeißelte Zeichen und Bilder, die beispielhaft das weltumspannende Engagement der Politikerin für Frieden, Menschenrecht und Umweltschutz zeigen.



## 1981 sprach Petra Kelly in Bonn



Ich war auf dieser friedlichen Demonstration. Wir waren gegen den NATO-Doppelbeschluss und für die atomare Abrüstung. „Vier Jahre zuvor hatte die Nato – angetrieben vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt – den sogenannten Doppelbeschluss gefällt.“ (Tagesspiegel) Ich war Ende der 70er ASTA-Referent für Allgemeine Politik, Präsident des Studentenparlaments und Mitglied der SPD. Ein Parteiordnungsverfahren (ohne Ergebnis) hatte ich 1981 schon hinter mir. Wir hatten erheblichen Streit in der SPD, die mehrheitlich unsere Friedensbewegung und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus nicht unterstützte.

Mit 400.000 Demonstranten 1981 musste die SPD umorientieren. Ebenso wie Petra Kelly sprach Willy Brandt. Stundenlang wurde zuvor mit Brandt der Text seiner Rede durchgegangen, berichtete Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen). Es sei um jedes Komma gefeilscht und jedes Wort auf die Goldwaage gelegt worden.

Beifall, Pfiffe und zornige Buhrufe begleiteten Brandt's Rede. „Dennoch kann die Einzigartigkeit des Vorgangs kaum überschätzt werden: Ein SPD-Vorsitzender lehnt auf einer Kundgebung ein politisches Herzstück seines Parteigenossen, des Ex-Kanzlers Helmut Schmidt, ab.“ (Tagesspiegel)

Anmerkung zu den SPD Flügelkämpfen: Schmidt hatte Willy Brandt „abgelöst“.

Schmidt über Brandt: „Mein Freund Willy Brandt scheint auf vielen Feldern Führung eher für etwas Unanständiges zu halten. Die Folge aber ist: allgemeine Wirrnis...“

**NATO Doppelbeschluss:** „Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschußvorrichtungen für Pershing II, (...) Alle Staaten, die zur Zeit an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligt sind, werden an diesem Programm teilnehmen. Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert“

(aus: Communiqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung und Mittelstreckenwaffen (12. Dezember 1979), in *Bulletin* (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), 18. Dezember 1979, S. 1409-10.)



Am 25. Oktober 1981 demonstrierten 200.000 Menschen in Brüssel.

Am 21. November 1981 demonstrierten 400.000 Menschen in Amsterdam.

Am 10. Juni 1982 demonstrierten in Bonn anlässlich eines Staatsbesuches von US-Präsident Ronald Reagan 500.000 Menschen.

1982 trat ich aus der SPD aus. Am 15. Februar 2003 demonstrierten weltweit über 10 Millionen Menschen (darunter mein zweiter damals 10 jähriger Sohn) gegen den drohenden

Irakkrieg, die meisten davon in Europa. Allein in Berlin gingen etwa 500.000 Menschen auf die Straße.

Meine erste Friedensdemo war am 1. September 1977 damals mit meinem 6jährigen ersten Sohn. Zu diesem Zeitpunkt war Vorsitzender der Klassenelternschaft an einer Schule in Kreyenbrück in Oldenburg nahe der Schule wo vor wenigen Minuten die 3. IGS entstand.

## Die SPD macht sich stark für den Krieg in Afghanistan: "Deutschlands wird am Hindukusch verteidigt" (Verteidigungsminister Peter Struck (SPD))

Zuletzt am 21. Okt. 2010: SPD Veranstaltung: „Die Bundeswehr in Afghanistan ... in Oldenburg mit dem General Frank Leidenberger und Lars Klingbeil SPD-Bundestagsabgeordneter Nds



Lars Klingbeil Rede im Bundestag zum Afghanistan-Einsatz am 26.02.2010: „Aufgabe des Parlamentes sei es in der Öffentlichkeit **für eine breite Zustimmung zu sorgen**“





Bernd Mayer



Henning Schultz

Mit einer Schifffahrt nach Langeoog hat der Landkreis Wittmund seinen Landrat Henning Schultz (CDU) offiziell verabschiedet. Rund 300 geladene Gäste, darunter der Chef der niedersächsischen Staatskanzlei

## **Bei der Abschiedsfahrt für den Landrat am 2. November 2009 in Bengersiel hatten ein halbes Dutzend Linke und auf Langeoog drei Personen gegen die Kosten der Feier mit 300 Gästen protestiert**

(...) Anschließend gab es einen Strafbefehl von der Staatsanwaltschaft Aurich, weil die Kundgebung nicht angemeldet worden sei. 600 Euro sollte der Kreistagsabgeordnete Bernd Mayer (Linke) zahlen. Er legte Widerspruch ein. Das Amtsgericht Wittmund sah ihn als Verantwortlichen und drückte ihm eine Geldbuße von 300 Euro auf. Mayer ging in die Revision und gewann: Das Oberlandesgericht Oldenburg kassierte das Wittmunder Urteil. (...) "Ich kann die Entscheidung nicht nachvollziehen", sagte Schultz der OZ. (...) "Wenn es Mayer nicht war, dann war es ein anderer", so Schultz. (...) Ehrenlandrat des Landkreises Wittmund (...) "Der hat den Schuss nicht gehört", reagierte Bernd Mayer auf das Angebot von Schultz. Seine Partei führe den Rechtsstreit nicht zum Spaß. Es gehe ihr um die Versammlungsfreiheit, die die Landesregierung aushöhlen wolle. Selbst wenn es für die Mini-Demo einen Verantwortlichen gäbe, "werde ich den doch nicht verraten", so Mayer. Die Kundgebung sei am Vorabend der Abschiedsfahrt für Schultz vom Kreisvorstand der Linken spontan beschlossen worden. Spontane Demos müssen nicht angemeldet werden.

### Aufsatz

## **Zur Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung in Niedersachsen von Dr. Peter Wachtel**

### **Grundsätzliche Überlegungen**

Der Erlass „**Sonderpädagogische Förderung**“ ist ein Novum. Bislang wurden schulformbezogene Erlasse (zum Beispiel: „Die Arbeit in der Schule für Lernbehinderte“, „Die Arbeit in der Schule für Schwerhörige“) und einzelne Regelungen für die sonderpädagogische Förderung (zum Beispiel: „Zusammenarbeit von Grundschule und Sonderschule“) herausgegeben.

Die Veröffentlichung eines umfassenden Erlasses zur sonderpädagogischen Förderung, unter Einbeziehung aller Schulformen, wurde aus verschiedenen Gründen notwendig:

- Im Zusammenhang mit der Schulstrukturreform und den veränderten Regelungen für alle anderen Schulformen waren Ziele, Inhalte, Formen und Verfahren sonderpädagogischer Förderung zu aktualisieren und neu zu regeln.
- Wissenschaftliche, gesellschafts- und bildungspolitische sowie praxisbezogene Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung waren zu berücksichtigen.
- „Verstreute“ Einzelerlasse waren unter Aufarbeitung und Einbeziehung bislang fehlender Bereiche und Aspekte zusammen zu fassen und zu ergänzen.

**Leitideen der sonderpädagogischen Förderung** Ausgehend von dem Grundsatz, dass sich die schulische Förderung am Kindeswohl ausrichten muss, gelten für die sonderpädagogische Förderung aller Kinder und Jugendlichen zwei zentrale Aussagen:

- Jede Schülerin und jeder Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat einen Anspruch auf angemessene sonderpädagogische Förderung.
- Sonderpädagogische Förderung kann sowohl in der allgemeinen Schule als auch in der Förderschule erfolgen. Es wird von einer Pluralität der Förderorte und einer Vielfalt der Organisationsformen sonderpädagogischer Förderung ausgegangen.

Im allgemeinen Teil des Erlasses werden deshalb die Voraussetzungen und Bedingungen einer umfassenden individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Förderort dargelegt und betont. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Förderplan für jeden Schüler und für jede Schülerin, der auf der Grundlage einer begleitenden Diagnostik erstellt und fortgeschrieben wird.

Im besonderen Teil geht der Erlass vom individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf aus, der sich in unterschiedlichen Schwerpunkten zeigen kann (Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung, Sprache, Geistige Entwicklung, Sehen und Hören). Die Förderschulen mit ihren unterschiedlichen Ausprägungen bilden das Fundament der sonderpädagogischen Förderung.

### **Sonderpädagogische Förderung ist immer in Bewegung**

Sonderpädagogische Förderung war und ist immer in Bewegung – im Sinne eines Fortschreitens und nicht eines Auf-der-Stelle-Tretens. In den zurück liegenden Jahrzehnten haben sich in Niedersachsen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung vielfältige Veränderungen und umfangreiche Entwicklungen vollzogen. Dem Aufbau nach dem Kriege folgte ab 1960 der Ausbau eines sehr differenzierten Sonderschulwesens. Zunächst entstanden zehn verschiedene Schulformen, denen die Orientierung auf spezifische „Behinderungen“ zugrunde lag: Lernbehinderte, Geistigbehinderte, Sprachbehinderte, Verhaltensgestörte, Körperbehinderte, Schwerhörige, Gehörlose, Sehbehinderte, Blinde und Taubblinde. Bei festgestellter „Sonderschulbedürftigkeit“ mit jeweiligem Zusatz der spezifischen Ausprägung („sonderschulbedürftig geistig behindert“) bestand die Verpflichtung zum Besuch einer Sonderschule.

Die Namen der besonderen Einrichtungen und die Bezeichnungen für ihre Schülerinnen und Schüler wandelten sich und spiegelten veränderte Auffassungen wieder: Von der Hilfsschule über die Sonderschule zur Förderschule oder von der Schule für Lernbehinderte über die Schule für Lernhilfe zur Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen.

Dem Auf- und Ausbau folgt seit einigen Jahren ein behutsamer Umbau der sonderpädagogischen Förderung. Das ist ein Ergebnis der jahrzehntelangen Debatte über die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in die allgemeinen Schulen. Es entwickelte sich ein anhaltender Prozess der Ausweitung und Verlagerung sonderpädagogischer Förderung in die allgemeine Schule. Bereits seit

1977 konnte Sonderunterricht für Sprachbehinderte in der Grundschule erfolgen. Zehn Jahre später wurde eine intensive Zusammenarbeit von Förderschulen und Grundschulen erlasslich abgesichert. In den 80er Jahren wurden versuchsweise erste Integrationsklassen eingerichtet - Schülerinnen und Schüler konnten in allen allgemein bildenden Schulen zieldifferent (d.h. auf der Grundlage der Rahmenrichtlinien der entsprechenden Förderschule) gefördert werden. Seit Beginn der 90er Jahre wurden Mobile Dienste eingerichtet: Schülerinnen und Schüler mit spezifischem sonderpädagogischen Förderbedarf und ihre Lehrkräfte werden in ihrer zuständigen Schule durch Lehrkräfte der Förderschulen unterstützt. Sonderpädagogische Hilfen waren somit bis in die 90er Jahre weitgehend inhaltlich auf die Förderschwerpunkte Lernen, Verhalten und Sprache bezogen, organisatorisch auf die Primarstufe beschränkt sowie zielgleich und präventiv ausgerichtet.

Die Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes von 1993 brachte einen wesentlichen Impuls für die sonderpädagogische Förderung: Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, sollen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet und erzogen werden. Die geforderte Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts erfolgte seit 1998 auf der Grundlage der Rahmenplanung „Lernen unter einem Dach“. Erstmals wurde eine „sonderpädagogische Grundversorgung“ eingeführt. Dies bedeutete eine verlässliche Zuweisung von sonderpädagogischer Unterstützung an die Grundschule im Umfang von zwei Wochenstunden pro Klasse. Dazu kamen neben bereits bestehenden Mobilen Diensten und Integrationsklassen vermehrt Kooperationsklassen. Das sind Klassen, die aus Förderschulen an allgemeine Schulen ausgelagert werden. Für die Weiterentwicklungen vor Ort wurden „Regionale Integrationskonzepte“ zu Grunde gelegt. Diese beschrieben das System der sonderpädagogischen Förderung in einer Region (= Einzugsbereich einer Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen), bezogen auf alle Förderschwerpunkte sowie alle Schulformen und Schulstufen. Regionale Integrationskonzepte konnten als Schulversuch beim Kultusministerium beantragt werden, für deren Realisierung jährlich zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt wurden.

Seit Veröffentlichung der Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland durch die Kultusministerkonferenz (1994) vollzieht sich bundesweit ein erheblicher Wandel: Eine personenbezogene Sichtweise tritt an die Stelle einer institutionenbezogenen Sichtweise: „Eine Schülerin oder ein Schüler hat einen sonderpädagogischen Förderbedarf“ versus „Eine Schülerin oder ein Schüler ist sonderschulbedürftig lernbehindert“. Die entscheidende Frage ist, ob bei einer Schülerin oder einem Schüler ein Bedarf vorliegt, welcher Art dieser ist und wie diesem Bedarf entsprochen werden kann. Die Frage nach dem Förderort ist nachrangiger geworden. Entsprechend der Vorgabe des § 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes ist bei vorliegendem sonderpädagogischen Förderbedarf gleichwohl immer auch abzuklären, ob und wie dem sonderpädagogischen Förderbedarf in der allgemeinen (zuständigen) Schule entsprochen werden kann.

### **Sonderpädagogische Förderung in der allgemeinen Schule**

Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, Beeinträchtigungen oder Benachteiligungen gibt es in allen Schulformen. Viele dieser Kinder und Jugendlichen absolvieren ihre Schulzeit ohne zusätzliche Förderung oder mit nur gelegentlicher individueller Förderung durch Förderschullehrkräfte. Der Übergang zwischen individuellem Förderbedarf und sonderpädagogischem Förderbedarf ist fließend. Ein sonderpädagogischer Förderbedarf wird auf der Grundlage der Verordnung zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs ermittelt und festgestellt. Mit der Feststellung sind die Zuweisung von Ressourcen und Platzierungen verbunden. Sonderpädagogischer Förderbedarf besteht bei einem Kind oder Jugendlichen in der Regel über einen längeren Zeitraum oder dauerhaft. Von Bedeutung sind die unterschiedlichen Ausprägungen oder Schwerpunkte: Bei einem Förderbedarf mit den Schwerpunkten Lernen oder Geistige Entwicklung muss der Unterricht auf der Grundlage der curricularen Vorgaben der Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen oder Geistige Entwicklung erfolgen. In der Grundschule ist dies in der Sonderpädagogischen Grundversorgung oder in Integrationsklassen möglich, in weiter führenden Schulen nur in Integrationsklassen.

## Mobile Dienste

Sonderpädagogische Förderung kann in allen allgemein bildenden Schulen erfolgen. Sie muss aber immer mit zusätzlicher Unterstützung durch Förderschullehrkräfte geleistet werden. Lehrkräfte von Förderschulen können im Rahmen verschiedener Organisationsformen in der allgemeinen Schule tätig werden: Mobile Dienste, Sonderpädagogische Grundversorgung, Integrationsklassen, Förderklassen mit dem Schwerpunkt Sprache und Kooperationsklassen.

Mobile Dienste sollen gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf die notwendigen Hilfen erhalten, aber dennoch die wohnortnahe Schule besuchen können. Die Hilfe kommt zu den Kindern, während sonst die Kinder den Ort der Hilfe aufsuchen müssten. Die Dezentralisierung der Hilfen entspricht den Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern.

Die Mobilen Dienste bieten individuelle Beratung und breit gefächerte Unterstützung sowohl für Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Förderbedarfen in allgemeinen Schulen als auch für Lehrkräfte, Erziehungsberechtigte und Schulträger an. Das schließt Förderschulen ein, wenn z. B. ein Schüler in mehreren Schwerpunkten Förderbedarf hat und vom Lehrpersonal der Förderschule nicht in allen Schwerpunkten gefördert werden kann.

Ziel des Mobilen Dienstes sollte die didaktisch-methodische, pädagogische und psychologische Kompetenzerweiterung der allgemeinen Schule sein, so dass diese ihre Probleme im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die einen besonderen Bedarf haben, weitgehend selbst bewältigen kann. Wenn eine Maßnahme als vorübergehend konzipiert ist, wenn ein Hilfsangebot befristet ist oder wenn die Organisation nach dem Prinzip der abnehmenden Hilfe erfolgt, wird nicht nur die einzelne Schülerin oder der einzelne Schüler, sondern auch das System gestärkt. Die dauerhafte Versorgung einzelner Kinder und Jugendlicher durch die Mobilen Dienste für Hören und Sehen ist damit nicht ausgeschlossen, da – im Gegensatz zu anderen Förderschwerpunkten – bestimmte Beeinträchtigungen und Behinderungen weitgehend unveränderlich sind. Hilfe zur Selbsthilfe ist das Grundprinzip. Der Mobile Dienst ist keine Nachhilfeeinrichtung. Er ersetzt keine medizinische Diagnostik und er stellt kein verkürztes Therapieangebot dar. Vor allem: Die Verantwortung für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler bleibt bei der zuständigen Schule.

Mobile Dienste als Unterstützungssystem für die allgemeinen Schulen finden offensichtlich bei allen Beteiligten eine hohe Akzeptanz. Bezüglich der qualifizierten Arbeit des Mobilen Dienstes und hinsichtlich einer bildungspolitisch gewollten Ausweitung müssen aber grundsätzliche Forderungen im Hinblick auf die unterschiedlich Beteiligten eingelöst werden:

– Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf eine angemessene Förderung – der Förderort ist nach diesem Kriterium zu bestimmen und festzulegen. Im Hinblick auf die Schülerin oder auf den Schüler muss geklärt sein, ob die für eine angemessene Förderung (mit dem Kind oder für das Kind?) in der wohnortnahen Schule notwendigen Hilfen tatsächlich durch den Mobilen Dienst bereitgestellt werden können.

– Förderschullehrkräfte brauchen in ihrem komplexen Arbeitsfeld konkrete Hilfestellungen, Anregungen und Fortbildungsmöglichkeiten. Ihre Praxis ist einerseits durch vielfältige Veränderungen gekennzeichnet, zum Beispiel die rasante Weiterentwicklung der technischen und der didaktisch - methodischen Hilfsmittel auch im Bereich der Neuen Technologien. Andererseits brauchen die Lehrkräfte ebenso umfangreiche diagnostische Kompetenzen in den verschiedenen Entwicklungsbereichen sowie Überblickswissen über die anderen Förderschwerpunkte und Schulformen. Da sie in der Regel als umfassende Beraterinnen und Berater wahrgenommen und tätig werden, müssen sich die Lehrkräfte im Mobilen Dienst auch besondere kommunikative Kompetenzen aneignen.

– Mobiler Dienst erfordert die Zusammenarbeit zwischen den Förderschullehrkräften und den Lehrkräften der allgemeinen Schulen. Die Zusammenarbeit erstreckt sich vom Unterricht im umfassenden Sinn bis zur Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte anderer Schulformen. Mobile Dienste sind häufig Mittler zwischen unterschiedlichen Hilfs- und Unterstützungsangeboten. Interdisziplinäre Zusammenarbeit, Austausch, Beratung und Unterstützung stellen hohe Anforderungen an diese Lehrkräfte.

Die notwendige kooperative Kompetenz für komplexe und erschwerte Lehr-, Lern- und Beratungssituationen wird im Studium üblicherweise nicht angeeignet – Konsequenzen für die Lehrerbildung müssen gezogen werden.

– Die Erfüllung der Aufgaben des Mobilen Dienstes erfordert in vielen Fällen einen vertrauensvollen und partnerschaftlichen Austausch der Lehrkräfte mit den Erziehungsberechtigten. Das verlangt Sensibilität, Offenheit – aber auch gemeinsame Klärung von wechselseitigen Erwartungen und erreichbaren Zielen, notwendigen Anstrengungen sowie eine Erörterung der Möglichkeiten und Grenzen des Handelns. Die Grenzen des Mobilen Dienstes sind auch erreicht, wenn Eltern nicht kooperieren oder aktiv mitarbeiten.

Die vielfältige und aspektreiche Arbeit im Mobilen Dienst stellt hohe Anforderungen an die Lehrkräfte. Für eine erfolgreiche Arbeit des Mobilen Dienstes sollte deshalb Folgendes gewährleistet sein:

- Freiwilligkeit der Beteiligten (Schüler, Schülerinnen und Lehrkräfte)
- Kontinuität der Arbeit
- Qualitätssicherung und -entwicklung durch spezielle Fortbildungsangebote
- Kollegialer Austausch z.B. durch Teamsitzungen und Supervision
- Sächliche und räumliche Ausstattungen
- Eigenverantwortliche Rahmen- und Gestaltungsbedingungen.

Die Möglichkeiten der allgemeinen Schule, der Heterogenität ihrer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden, sollen durch den Einsatz der Förderschullehrkräfte gestärkt werden: Die Unterstützung ist sowohl systemisch als auch individuell ausgerichtet. Die allgemeine Schule und die einzelne Schülerin oder der einzelne Schüler sollen unterstützt werden. Der Schwerpunkt liegt vor allem in der Unterstützung des Systems durch Diagnostik und Beratung sowie durch Fördermaßnahmen von begrenzter Dauer.

### **Die Arbeit in der Förderschule**

Fördern ist das Grundprinzip allen Unterrichts in allen Schulen. Der Name *Förderschule* (seit April 2004) steht für ein Programm. Der Name sagt etwas über das Profil und über das Konzept der Schule aus, die für Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichstem sonderpädagogischen Förderbedarf vorgehalten wird. In den Förderschulen mit den verschiedenen Schwerpunkten ist Fördern das herausgehobene Merkmal und damit der besondere Akzent der Arbeit in dieser Schule. Der Begriff betont nicht das Abweichende oder das Besondere, sondern hebt den Kern der Arbeit hervor, nämlich das, worauf die Schülerinnen und Schüler einen Anspruch haben. Die Schulen sind aufgefordert, ihre unterrichtliche und erzieherische Arbeit ganz besonders unter den Leitgedanken der Förderung zu stellen.

Eine zentrale Aufgabe der Förderschule ist die Rückführung der Schülerinnen und Schüler in die allgemeine Schule. Die Förderschule ist im Prinzip als Durchgangsschule konzipiert. Um die Durchlässigkeit zur allgemeinen Schule zu gewährleisten, orientiert sich die Arbeit in den Förderschulen an den Studentafeln

und curricularen Vorgaben der allgemeinen Schulen. Die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen müssen daher rechtzeitig Englischunterricht anbieten. Von einer verbindlichen Einführung als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler wurde abgesehen.

Eine zweite zentrale Zielsetzung der Förderschule ist die Hinführung zur gesellschaftlichen Teilhabe, zur Alltagsbewältigung, zur Geschäftsfähigkeit und zum Erwerbs- und Berufsleben. Um ihren Absolventinnen und Absolventen Möglichkeiten zu einem beruflichen Einstieg und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen, sind die Jugendlichen in besonderem Maße auf das Berufsleben vorzubereiten. Das bedingt eine verstärkte Praxisorientierung, die Vernetzung mit außerschulischen Einrichtungen und Übergangshilfen. Erkundungen und Praktika in Betrieben können Einblicke in mögliche künftige Arbeits- und Tätigkeitsfelder vermitteln und sind ein wesentlicher Teil der Berufswahlorientierung. Diesen Vorgaben entspricht die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen durch eine veränderte inhaltliche, methodische und strukturelle Organisation des Unterrichts vor allem im Sekundarbereich. Die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung muss unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten intensiv erfolgen.

### **Förderschulen und Mobile Dienste**

Die Mobilen Dienste tragen ebenso wie die Förderschulen zur Integration bei. Sie können helfen, den Umweg über die Separierung zu vermeiden. Auch stellen sie eine Vorbereitung auf die gesellschaftliche Eingliederung in einem integrativen schulischen Zusammenhang her. Mobile Dienste unterstützen so eine inklusive Pädagogik. Sie bewirken, die Tragfähigkeit der allgemeinen Schule für Kinder und Jugendliche mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf zu erweitern. Die Arbeit des Mobilen Dienstes ist als Inklusion und damit als Ergänzung und Erweiterung des Auftrags Integration der Förderschulen zu charakterisieren.

Mobile Dienste und Förderschulen wirken eng zusammen. Die Hilfen gehen von den Förderschulen aus und werden dort auch koordiniert, durch den fortgesetzten fachlichen Dialog gesichert und weiter entwickelt. Mobile Dienste und Förderschulen sind keine Gegensätze, sondern sollten sinnvolle Ergänzungen sein. Sie stellen zwei Optionen bei der Auswahl und Bestimmung des Förderorts dar. Wenn mit der Unterstützung des Mobilen Dienstes der Besuch der zuständigen Schule möglich ist – unter der Bedingung, dass auf diese Weise dem Förderbedarf des Kindes oder Jugendlichen entsprochen werden kann – dann ist die zuständige Schule der angemessene Förderort. Die Förderschule ist prinzipiell subsidiär. Sie ist jedoch dann der angemessene Förderort, wenn die notwendigen Unterstützungen im weitesten Sinne nur hier erbracht werden können.

### **Zusammenarbeit in der sonderpädagogischen Förderung**

Die sonderpädagogische Förderung erfordert eine intensive Zusammenarbeit der Lehrkräfte verschiedener Schulformen und innerhalb der Förderschulen die Kooperation von Lehrkräften, Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. In jedem Falle erfordert eine angemessene Förderung die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten der Schülerin oder des Schülers. Eltern sind Experten für ihre Kinder, gemeinsam mit ihnen können die bestmöglichen Förderbedingungen für eine Schülerin oder einen Schüler geschaffen werden. Eltern sollten deshalb stets so weit wie möglich in die Planung und Durchführung von Unterricht und Erziehung partnerschaftlich eingebunden werden.

### **Ausblick**

Die Debatte, in der Integration und Förderschulen als Entweder- Oder-Alternative präsentiert wurden, ist vorbei. Es ist unbestritten, dass es weiterhin eigene Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf geben muss. Die professionelle Kompetenz der Förderschullehrkräfte wird durch die Arbeit der Förderschulen und die mit ihnen verbundene Forschung und Ausbildung gestützt.

Es verbietet sich, die Förderschulen negativ zu etikettieren, sie sind vielmehr als Zentren sonderpädagogischer Kompetenz zu nutzen.

Die Erfahrungen bei der Umsetzung Regionaler Integrationskonzepte fließen in die weitere Ausgestaltung des Systems der sonderpädagogischen Förderung ein. Die bisherige Rahmenplanung zur Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts geht in ein umfassendes Konzept für die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung im Sinne von Vor-Ort-Konzepten ein. Diese Konzepte für die sonderpädagogische Förderung sollen den spezifischen Strukturen, den Bedingungen und Anforderungen in den Wirkungsbereichen der Schulträger entsprechen. Entwicklungsperspektiven bieten sich neben der Ausweitung von Kooperationsklassen und der sonderpädagogischen Grundversorgung vor allem in dem ambulanten Unterstützungssystem der Mobilen Dienste.

Über die Weiterführung der als Schulversuche genehmigten Regionalen Integrationskonzepte und über das Verfahren der Weiterentwicklung der Vor-Ort-Konzepte sonderpädagogischer Förderung wird in Kürze entschieden werden. Es werden weiterhin keine Modelle „von oben“ verordnet, sondern „vor Ort“ sollen die Beteiligten und Interessierten auf der Grundlage des Erlasses ein kind- und zeitgemäßes System der sonderpädagogischen Förderung entwickeln.

Sonderpädagogik ist immer in Bewegung und wird immer in Bewegung bleiben. Von aktueller Bedeutung sind die Situation und die Perspektiven des Arbeitsmarktes, die Konzepte für eine veränderte Lehrerbildung und Innovationen in der Entwicklung aller Schulen. Es wird sich zeigen, in welcher Weise in diesem Zusammenhang die allgemeine Schule mit Unterstützung der Förderschule den Anspruch einlösen kann, für möglichst viele Kinder und Jugendliche ihres Einzugsbereichs angemessene wohnortnahe Hilfen bereit zu stellen. Es wird sich auch zeigen, in welcher Weise die Förderschulen dem Anspruch gerecht werden können, ihre Schülerinnen und Schüler auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vorzubereiten. Spezifische Probleme wie hyperaktives Verhalten, autistische Verhaltensweisen, Aufmerksamkeitsdefizitsyndrome oder schwerste Beeinträchtigungen nehmen zu oder rücken stärker in den Focus und verlangen auch nach pädagogischen Lösungen in den Schulen. Auch die Bedeutung von Medizin und Psychologie, von Therapie und Sozialarbeit werden zunehmen. Manches hängt sicherlich von finanziellen Bedingungen ab – aber längst nicht alles. Sonderpädagogische Förderung ist nicht eine Angelegenheit einiger Spezialisten, sondern im Grundsatz eine generelle Aufgabe der Lehrkräfte aller Schulformen. Mehr Ressourcen und mehr Personal, z. B. Sozialpädagogen und Therapeuten? Gewiss, denn Fortschritte in der lebensrettenden Medizin erhöhen den Bedarf an schulischer Therapie und Pflege und veränderte erzieherische Wirklichkeiten erfordern verstärkt sozialpädagogische Arbeit in der Schule. Aber Verlagerung von Aufgaben an spezielles Assistenzpersonal oder an außerschulische Einrichtungen und Anbieter kann auch zum Problem für die Schulpädagogik werden. Gefordert und erwünscht sind auch Selbst-Zumutung und Veränderungsbereitschaft der Lehrkräfte – zum Beispiel im Bereich didaktisch-methodischen Denkens und Handelns.

*Dr. Peter Wachtel ist Referent für sonderpädagogische Förderung im Kultusministerium*

„Publik“ ist eine private, politische und kritische Mail-Information, mit dem Schwerpunkt Bildung. Die Interessen der Kinder werden in den Mittelpunkt gestellt. Der Verteiler umfasst über 6000 Meinungsmultiplikatoren vor allem in Niedersachsen und Oldenburg und erreicht durch Weiterleitung zwischen 7 und 10.000 Adressaten. Rückmeldungen sind erwünscht. ([an@berndsiegel.de](mailto:an@berndsiegel.de)) Der Verfasser ist u. a. Erziehungswissenschaftler, Produzent und Moderator der TV-Sendereihe: „Zukunft Bildung“, ehrenamtlicher Jugendrichter am Landgericht und war u. a. im Landeselternratsvorstand.

Quellverweise: Wenn nicht anders angegeben ist: Blaue Schrift = eigene Worte. Schwarzer Text = Zitate, die durch Textsuche im Internet gefunden werden können. Andere Farben = Hervorhebungen vom Verfasser. Bilder aus dem Internet.

Einen Link zum [„anmelden“](#) oder [„abmelden“](#) findest du in der Mail. Oder einfach antworten.